

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 38 (1959)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959  
**Autor:** Escher, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337132>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

FRITZ ESCHER

## Rückblick auf die Nationalratswahlen 1959

### *Die Ausgangslage*

Anläßlich der Nationalratswahlen 1955 gewann die Sozialdemokratische Partei der Schweiz rund 14 000 Wähler und 4 Mandate. Jener Wahlgang begegnete im Volke verhältnismäßig großem Interesse. Er stand im Zeichen einer kräftigen sozialen Offensive der SPS, und es waren ihm energische Kämpfe der Gewerkschaften gegen die Teuerung, für bessere Reallöhne und für die Vermehrung der Freizeit vorangegangen. Einen besonderen Akzent und ein starkes emotionelles Element erhielt die damalige Wahlsituation durch den anfangs 1954 erfolgten Rücktritt des sozialdemokratischen Finanzministers aus dem Bundesrat, mit welchem Schritte Prof. Dr. Max Weber dem Unmute des Volkes über die egoistische Finanz- und Steuerpolitik des Großkapitals und Bürgertums Ausdruck gegeben hatte.

Diesmal, im Jahre 1959, mußten die politischen Parteien, auf deren Bestand und Tätigkeit eine echte Demokratie unabdingbar angewiesen ist, zum vorneherein mit vermehrter Wählerträgheit rechnen; wobei es leider die Feststellung zu machen gilt, daß die Krankheit der Wahlabstinenz unter den wirtschaftlich Schwachen mehr grassiert als in den Kreisen der wirtschaftlich Starken. Die Ursachen der politischen Gleichgültigkeit sind mannigfaltiger Art. Sicher ist, daß das Andauern der Hochkonjunktur das «In-den-Tag-hinein-Leben» begünstigt. Tatsache ist auch, daß die richtigen Mittel für die Weckung des Interesses der jungen Generation für das politische Geschehen immer noch nicht gefunden werden konnten. Auf die Dauer gesehen, wird diesbezüglich nur eine wesentliche Ausweitung und Vertiefung des staatsbürgerlichen Unterrichtes an den Volksschulen Abhilfe schaffen können.

Für den Augenblick gilt es jedenfalls festzustellen: Die politische Demokratie als Staatsform und die von der Arbeiterbewegung erreichte Befreiung des Großteils der Lohnverdiener von unmittelbarer Not sind für die meisten Schweizer zur Selbstverständlichkeit geworden; nicht aber die Erkenntnis, daß diese beiden Errungenschaften stetsfort neu erkämpft und weiterentwickelt werden müssen, wenn sie nicht innerlich entwertet und schließlich sogar verlorengehen sollen.

Gewiß, die gegenwärtige relative Entspannung der internationalen Lage durch die «Erfolge» der Besuchsdiplomatie dürfte eine zusätzliche einschläfernde Wirkung auf schweizerische Wähler ausgeübt haben. Es mag auch stimmen, daß für die Sozialdemokraten wegen der Beteiligung der SFIO an der de-Gaulle-Regierung in Frankreich und als Folge des Wahlsieges der Konservativen in England eine Verschlechterung des Wahlklimas eingetreten ist. Die entscheidenden Gründe für das Absinken der Wahlbeteiligung am 25. Oktober auf die seit der Einführung der Proporzwahlen nie erreichte Rekordtiefe von weniger als 70 Prozent liegen jedoch in den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen unseres eigenen Landes und zu einem guten Teil auch im Verhalten unserer eigenen Partei.

### *Der Wahlkampf*

Die *Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz* führte ihre Kampagne offensiv, und zwar mit einem Einsatz von materiellen Mitteln, wie er der Konkurrenz – Landesring ausgenommen – nicht annähernd zur Verfügung stand. Was das Niveau der freisinnigen Propaganda anbelangt, hielt es sich teilweise auf der Ebene der Demagogie. Brennende soziale Probleme erfuhren ausweichende Behandlung, was allerdings durchaus der Praxis des bürgerlichen Bundesrates entsprach, wurde doch der Entscheid des Nationalrates über den geplanten Abbau von Preiskontrolle und Mieterschutz auf die Zeit nach den Wahlen hinausgetrölt. Über die ungenügenden Leistungen der AHV gab es in der liberalen Presse beschönigende, ja sogar falsche Zahlen, und bezüglich der Invaliden entdeckte selbst der dem Freisinn verbundene «Trumpf-Buur», daß er eigentlich nie etwas gegen die endlich verwirklichte Versicherung einzuwenden gehabt habe! Das Defizitbudget der Eidgenossenschaft aber (pro 1960), durch welches die Opposition der SPS gegen die Finanzvorlage vom 11. Mai 1958 voll gerechtfertigt wird, gelangte erst wenige Tage vor den Nationalratswahlen und dazu noch in verschleierte Form zur Kenntnisnahme des Publikums. Natürlich sang der Freisinn im ideologischen Teil seiner Propaganda ein neues Mal das alte Lied vom gefährdeten Eigentum und von der angeblich durch die Sozialdemokraten bedrohten Schweizer Freiheit.

Der *Konservativ-christlichsozialen Volkspartei* ging es um die Konsolidierung der 1955 errungenen Position der stärksten bürgerlichen Partei. Ihre Anstrengungen waren wiederum auf jene Wähler abgestimmt, die sich auf Grund konfessioneller Argumente und Bindungen mobilisieren lassen. Die These, wonach die Konservativ-Christlichsozialen gewissermaßen ein Monopol auf die Durchsetzung christlicher Prinzipien in der Politik besitzen, hat jedoch offensichtlich an Durchschlagskraft verloren. Eigentlich kulturkämpferische Töne waren übrigens diesmal weniger zu vernehmen als auch schon. Dafür wurde mehr Gewicht auf soziale Postulate gelegt. Verschiedentlich

kamen sogar oppositionelle Stimmen gegen das Landesübel der Bodenspekulation und gegen die vom Freisinn forcierte Aushöhlung des Mieterschutzes zum Ausdruck. Im Zentrum des «materialistischen» Teils der konservativ-christlichsozialen Propaganda stand die bevorstehende eidgenössische Gesetzgebung über die Familienzulagen, wobei sich die Zürcher Christlichsozialen nicht scheuten, alle in ihrem Kanton bezüglich der Kinderzulagen erzielten Erfolge für sich allein zu beanspruchen.

Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, eine weitere der kapitalistischen Wirtschaftsweise verhaftete Partei, ergänzte die bei ihr übliche Erhebung standespolitischer Interessen zu staatspolitischen Grundsätzen durch scharfe Attacken gegen die Arbeitszeitverkürzung und gegen die Preiskontrolle. Gelegentlich wurde aus diesem Lager auch der Freisinn aufs Korn genommen, ohne daß das jedoch der Stammpartei des Großkapitals etwas anzuhaben vermochte.

Der *Landesring der Unabhängigen* erwartete, gestützt auf die Unstimmigkeiten, die seine «Initiative 44» in gewerkschaftlichen Kreisen hervorgerufen hatte, und wohl auch wegen der Schlager «Migrol» und «Lebensversicherung», günstige Wahlresultate. Den Fragen Preiskontrolle und Mieterschutz sind die Gefolgsleute Duttweilers dagegen geflissentlich ausgewichen.

Von den Kleinparteien der *Demokraten*, *Liberal-Konservativen* und *PdA-Kommunisten* ist nichts Besonderes zu berichten. Höchstens daß die letzteren eine derart üble Verleumdung der Sozialdemokraten betrieben, daß man sich beinahe in die dreißiger Jahre zurückversetzt wähnte, als die gleichen Bodenkämpfer auf Befehl Moskaus die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten beschimpften. Erwähnenswert ist dagegen der Wahlverzicht der *Liberal-Sozialisten* (Freiwirtschaftler), die in keinem Kanton mehr eine eigene Liste eingereicht haben.

Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* trat mit offenem Visier zu den Wahlen an. Ihr im Frühsommer 1959 beschlossenes neues Parteiprogramm bestätigte, daß die Schweizer Sozialisten eindeutig auf dem Boden der Demokratie stehen, die Landesverteidigung bejahen, der Idee der Demokratie auch im Wirtschaftsleben Nachachtung verschaffen wollen, eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik durchsetzen möchten und dem kulturellen Aufstieg der Menschen größte Aufmerksamkeit schenken. In einem besonderen Aktionsprogramm der SPS für die Nationalratswahlen wurden unter anderem die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, die Weiterführung der Preiskontrolle und des Mieterschutzes, die Intensivierung des sozialen Wohnungsbaues, die Verbesserung der AHV-Renten, die Revision des KUVG, die Vermehrung der Bildungsgelegenheiten für die Jugend und die Vervollständigung der politischen Volksrechte gefordert.

Alle diese Gedankengänge und Postulate fanden ihren Niederschlag in den Wahlmaßnahmen der SPS, der Kantonalparteien und der örtlichen Par-

teisektionen. Der Aufklärung der Wähler über die Bedeutung des Urnenganges vom 25. Oktober dienten in erster Linie eine illustrierte Haushalt-flugschrift der schweizerischen Partei, Wahlplakate, kantonale Wahlzeitungen und Flugblätter mit den Namen der Kandidaten, zahlreiche Zeitungsartikel, Inserate und viele Referate an Versammlungen zu Stadt und Land. Eine wertvolle Unterstützung der Anstrengungen der Partei bildete die Anteilnahme der freien Gewerkschaften an der Wahlkampagne. Sie fand natürlich ihren stärksten Ausdruck in jenen Kantonen, in denen gemeinsame Listen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften eingereicht worden waren, manifestierte sich aber auch allgemein durch die positive Haltung der Presse der Berufsverbände gegenüber der Sozialdemokratie. Der Einsatz der Parteisektionen und ihrer Vertrauensleute war im großen und ganzen gut; in einzelnen Landesgegenden ließ er allerdings zu wünschen übrig oder bewegte sich zu sehr im Rahmen von Methoden, die nicht mehr als zeitgemäß gelten können.

Doch, wie gesagt, alle Anstrengungen – auch diejenigen der politischen Gegner – vermochten nicht eine große Wahlstimmung zu schaffen. Die Meinungen waren gemacht, niemand erwartete einen politischen Umbruch; nur in den Kreisen des extremsten Rechtsbürgertums hielt man, gestützt auf die für die Sozialdemokraten schlecht verlaufenen Frühlingswahlen, die Zeit für ein starkes Zurückdrängen der Linken für gekommen.

### *Das Wahlergebnis*

Der nicht parteigebundene Zürcher «Tages-Anzeiger» faßte das Resultat der Nationalratswahlen 1959 in die kurzen Worte zusammen: «Es bleibt alles beim alten.» In der Tat beschränkte sich der wirksam werdende Gewinn oder Verlust von Wählern und Mandaten im schweizerischen Maßstab auf eine «Bewegung» von ganzen anderthalb Prozent. Die nachstehenden zahlenmäßigen Angaben stammen aus unseren Parteizeitungen und können noch geringfügige Korrekturen erfahren. Teilweise sind bereits amtliche Verlautbarungen auf Grund überprüfter Gemeinderesultate verwendet worden. Soweit zur Bestimmung der gesamtschweizerischen Parteistärken Vergleichszahlen oder Schätzungen erforderlich waren, zum Beispiel für Appenzell, Uri und Unterwalden, stammen diese aus der Untersuchung des Eidgenössischen Statistischen Amtes über die Nationalratswahlen 1955.

Die *Freisinnigen* vermochten nach einer Zusammenstellung der «National-Zeitung» in der ganzen Schweiz rund 238 400 Wähler zu mobilisieren (+ 5600); sie gewannen das 1955 verlorene Mandat zurück und haben nun mit 51 Sitzen die gleiche Fraktionsstärke im Nationalrat wie die Sozialdemokraten erreicht. Wie gewohnt profitierten die Freisinnigen auch 1959 kräftig von den Listenverbindungen mit andern bürgerlichen Parteien.



Die *Konservativ-Christlichsozialen* fallen mit 234 600 Wählern (+ 650) auf die Stellung der zweitstärksten Bürgerpartei zurück; ihre gesamtschweizerische Mandatbilanz ist mit 47 dieselbe wie vor vier Jahren. Intern tritt jedoch, sowohl bei der Wählerschaft wie auch bei den Nationalratssitzen, eine leichte Verschiebung zugunsten der Christlichsozialen ein.

Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* scharte am 25. Oktober noch 113 800 Wähler um sich (— 4000), gewann aber trotzdem ein Mandat und erhöhte damit die Zahl ihrer Nationalräte auf 23.

Der *Landesring der Unabhängigen* sah sich in seinen Hoffnungen enttäuscht; er erlitt in seiner Hochburg Zürich, wenn man die von ihm aufgesogenen Freiwirtschaftler mitberücksichtigt, einen Verlust von 5792 Wählern oder 17,4 Prozent und verlor daselbst auch ein Mandat. Starken Stimmenverlust (— 15,5 Prozent) gab es für die Unabhängigen auch in Baselstadt, während sie in den Kantonen Aargau, St. Gallen, Schaffhausen und Bern aufholten. Im Kanton Bern gewannen sie dank der Listenverbindung mit einer evangelischen Hilfstruppe das früher schon einmal innegehabte zweite Mandat zurück. Die Duttweilerleute können mit 54 000 Wählern (+ 550) und 10 Mandaten im Bundeshaus auch künftig nicht die erträumte große Rolle spielen.

Die *Liberal-Konservativen* mobilisierten am letzten Oktobersonntag in der Schweiz 22 500 Wähler (+ 1500) und vermochten ihre 5 Sitze zu behaupten. Den *Demokraten* erging es nicht gut; sie zählen jetzt noch 19 600 Anhänger (— 3700), und ihr zweiter Bündner Sitz wurde zum Restmandat. Da aber die *Evangelischen* im Kanton Zürich ein Mandat gewannen — es gibt jetzt im ganzen Lande 13 500 (+ 2900) evangelische Wähler —, steigt jedoch die gemeinsame Nationalratsfraktion der Demokraten und Evangeliker von 5 auf 6 Mitglieder. Die *Partei der Arbeit* vermochte in Genf die von ihr seinerzeit an die Nicole-Gruppe verlorenen Wähler zu sich zurückzuführen und damit ein Mandat zu gewinnen. Sie verlor aber je eines in der Waadt und in Baselstadt. Die Kommunisten sind also im Bundeshaus nur noch durch 3 Vertreter aus der Westschweiz repräsentiert. Die Gesamtzahl der PdA-Wähler betrug am 25. Oktober 26 200 (+ 1100).

Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* brachte es bei den Nationalratswahlen 1959 auf 263 000 Wähler (— 11 500). Ihre Fraktion in der Volkskammer wird künftig 51 Mitglieder zählen. Die SPS verlor also rund drei Viertel des 1955 erzielten Wählergewinnes und 2 von den damals eroberten 4 neuen Mandaten. Der Wähleranteil dürfte um etwas mehr als ein Prozent zurückgehen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Wählerzahl ist demnach um ein geringes größer als jener, der sich aus der allgemein schwächeren Wahlbeteiligung ergeben würde, wobei es indessen zu beachten gilt, daß sich in den verschiedenen Landesteilen ungleiche Entwicklungstendenzen abzeichneten.

### *Die personelle Erneuerung des Nationalrates*

Von den bisherigen 196 Nationalräten haben 31 nicht mehr kandidiert, darunter die Sozialdemokraten Aeschbach, Aargau, Egger, Zürich, Heinzer, Schwyz, Meier, Glarus, Siegrist, Aargau. Nicht mehr gewählt wurden 16 Bisherige, wovon 6 Sozialisten, so daß der Rat insgesamt 47 neue Gesichter aufweist, die sich auf die Fraktionen wie folgt verteilen: Radikaldemokraten (Freisinn) 14, Konservativ-Christlichsoziale 12, Sozialdemokraten 9, BGB 5, Demokraten 2, Landesring 2, Evangelische 1, Liberal-Konservativ 1, PdA 1.

### *Geringe Veränderungen im Ständerat*

Im Herbst 1959 hatte das Volk in 14 Kantonen auch die Ständesvertreter zu wählen. Es kam dabei zu keinerlei politischen Veränderungen, da die Sozialdemokraten den bürgerlichen Angriff in Baselland in beiden Wahlgängen abzuschlagen vermochten. Hingegen wurde im Kanton Bern, wo der Große Rat das Wahlkollegium bildet, der von den Sozialdemokraten seit mehr als zehn Jahren innegehabte Sitz durch ein BGB-Manöver den Freisinnigen zugeschanzt. Dieser schädige Mandatraub dürfte nicht ohne Rückwirkungen auf die bernische und eidgenössische Politik bleiben. Von den 44 Ständesherrn, die im «Stöckli» tagen, gehören jetzt noch 4 zur insgesamt 55 Mann zählenden sozialdemokratischen Fraktion in den eidgenössischen Räten.

### *Die Sozialdemokraten in den Kantonen*

#### Kantonalparteien mit Mandatgewinn:

In *Baselstadt* erhöhten die Sozialdemokraten nach einem flott geführten Wahlkampf ihre Wählerzahl um 285 auf 12 055 und gewannen ein Mandat. Der neue Sitz wird von Dr. Edmund Wyß, Sekretär und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, eingenommen.

Unsere Freunde im Kanton *Graubünden* steigerten die Zahl ihrer Anhänger auf 4080 (+ 387) und machten damit ihren Spitzenkandidaten, Landammann Hans Stiffler, Davos, zum Nationalrat. Dieser erfreuliche Gewinn ist das Ergebnis einer auf lange Sicht geplanten, sachlichen und mutigen Politik, die durch sorgfältige Organisationsarbeit untermauert wurde.

#### Kantone mit Mandatverlust:

Die Mandateinbuße in *Baselland* kam nicht unerwartet, erfolgte doch die Eroberung des zweiten sozialdemokratischen Sitzes 1955 mit etwas Porzglück. Am 25. Oktober 1959 betrug die sozialdemokratische Wählerzahl 7530; sie ist also lediglich um 422 oder um etwa 5 Prozent gesunken, so daß die berechtigte Hoffnung besteht, diesen Verlust in vier Jahren wieder aufholen zu können.

Im großen Kanton *Bern* erlitt die Sozialdemokratische Partei einen ersten Rückschlag. Die von den Sozialdemokraten vor vier Jahren erreichte Wählerzahl ging um 6731 auf 58 108 oder um fast 9 Prozent zurück. Teilweise handelt es sich hier um die Folge der schwachen Stimmbeteiligung, die 1955 noch 69,8 Prozent, diesmal aber nur noch 65,3 Prozent betrug. Die BGB hat 3890 Wähler verloren, der Freisinn 1607. Unter den 12 Mandatträgern der bernischen Sozialdemokraten (bisher 13) befinden sich zwei neue, nämlich die Genossen Dr. Walter König, Fürsorgedirektor der Stadt Biel, und Ernst Wüthrich, Bern, Präsident des SMUV. Bereits hat eine kantonale Präsidentenkonferenz die erste Aussprache über die Ursachen des Rückschlages durchgeführt, die nicht etwa, von Ausnahmen abgesehen, in ungenügendem propagandistischem Aufwand oder in einem schlechten Einsatz der Vertrauensleute zu suchen sind. Die bernische Kantonalpartei ist gewillt, die bei den diesjährigen kantonalen und eidgenössischen Wahlen erlittenen Scharten auszuwetzen, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß ihr das, gestützt auf ihre gute Verankerung und ihre Leistungen in der Gemeindepolitik, schon recht bald gelingen wird.

Für die meisten Politiker unerwartet kam der Verlust des einzigen sozialdemokratischen Mandates im Kanton *Luzern*. Der Grund dafür liegt teilweise im Proporzpech. 5615 (— 780) Wähler sind andernorts mehr als genug für einen Nationalratssitz. Aber wenn die Wahlbeteiligung 86 Prozent beträgt, wird eben auch der Zuteilungsquotient auf eine ungewohnte Höhe hinaufgetrieben. Zum größeren Teil liegen jedoch die Ursachen der Niederlage der Luzerner Sozialdemokraten in einer nicht genügend selbständigen Haltung der Partei. Die «Freie Innerschweiz» hat — leider erst nach den Wahlen — zutreffend festgestellt, es sei nicht richtig gewesen, sich so besorgt darum zu kümmern, daß der liberale Ständerat Clavadetscher schon im ersten Wahlgang, und zwar als «Kandidat der Opposition», bestätigt werde. Nun, das ist jetzt geschehen, und der Lohn dafür bestand darin, daß die Liberalen den dienstwilligen Sozialdemokraten das Mandat wegnahmen. In andern Teilen des Landes, zum Beispiel im Kanton Solothurn, halfen uns die Freisinnigen auch nicht, unsere Ständeräte zu wählen; ja in Baselland gingen sie sogar darauf aus, den Sozialdemokraten das Mandat abspenstig zu machen, obwohl ihnen die ungerechte Untervertretung der SPS im Ständerat genau bekannt ist. Ein weiterer Grund der Niederlage der Luzerner Sozialdemokraten besteht wohl darin, daß sie im politischen Kongo der Schweiz, also in den Ämtern Hochdorf, Sursee, Willisau und Entlebuch, nicht rechtzeitig und nicht systematisch genug Pionierarbeit geleistet haben. Die für die Erhaltung des Nationalratssitzes (als Restmandat) fehlenden 50 Wähler wären hier zu holen gewesen. Die Einbuße erfolgte im Amtsbezirk Luzern, während die sozialdemokratischen Stimmen, gesamthaft gesehen, in den erwähnten poli-



tisch unterentwickelten Gebieten etwas zugenommen haben. Der Weg zur Zurückeroberung des luzernischen Mandates ist demnach gewiesen.

Das im Jahre 1955 im Kanton *Zürich* gewonnene Restmandat galt allgemein als gefährdet; es konnte denn auch nicht gehalten werden. Indessen fiel der Wählerverlust geringer aus, als er von vielen Propheten vorausgesagt worden war. Die Sozialdemokraten rekrutierten am letzten Oktobersonntag 50 197 Wähler, was gegenüber den Frühlingswahlen 1959 ein Aufholen um rund 2000 Wähler, gegenüber den Nationalratswahlen 1955 allerdings immer noch einen Verlust von 2172 Wählern bedeutet. Da der Rückschlag teilweise auf das Konto schwächere Stimmbeteiligung zu verbuchen ist, macht er jedoch beim Wähleranteil nur einen Verlust von 0,7 Prozent aus. Die Zürcher stellen jetzt noch 9 Mann der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion: In großen Teilen der Parteimitgliedschaft wird es als nicht erfreulich empfunden, daß von den Gewählten (es sind die Bisherigen) nur noch einer nicht auf Stadtboden wohnt, eine Erscheinung, wie sie übrigens auch Bern aufzuweisen beginnt, wobei sich allerdings in beiden Kantonen Anwärter aus ländlichen Gebieten auf ersten Nachrückplätzen befinden.

#### Kantone ohne Veränderung der Mandatzahl:

Im *Aargau* sank die Wählerzahl der Sozialdemokraten um 2391 (etwa 9 Prozent) auf 23 920, was hauptsächlich auf den Umstand zurückgeht, daß drei der langjährigen, weit über den Kreis der eigenen Partei hinaus bekannten bisherigen Mandatsträger nicht mehr als Spitzenkandidaten zur Verfügung standen. Es kommt wohl nicht von ungefähr, wenn einzig im Bezirk Zurzach, wo ein «Alter» am Rennen teilnahm, Listenstimmen gewonnen werden konnten. Die Mandatzahl bleibt für die Sozialdemokraten mit 4 von 13 unverändert. Als neue aargauische Nationalräte wurden die Genossen Ernst Haller, Lehrer in Windisch, und Dr. Arthur Schmid jun., Unterkulm, erkoren.

Zu sogenannten stillen Wahlen kam es in *Appenzell AR*, wo wiederum je ein Sozialdemokrat und ein Freisinniger die beiden Nationalratssitze einnehmen.

Die Sozialdemokraten des Kantons *Glarus* hatten mit Landammann Fritz Landolt-Rast ein gutes Eisen im Feuer; sie scharten mit ihrem neuen Kandidaten die schöne Zahl von 3181 Wählern (— 61) um sich. In der Person des Gewählten zieht wieder ein Vertrauensmann der Textilarbeitergewerkschaft in die eidgenössischen Räte ein.

Im Kanton *St. Gallen* gab es keine Veränderungen in der Mandatzahl. Die Sozialdemokraten müssen sich nach wie vor mit 2 von 13 Nationalratsmandaten begnügen. Die erreichte Wählerzahl 11 606 bedeutet gegenüber 1955 einen Rückschlag um 841. Da und dort war die Meinung zu hören,

wenn die Partei mit einer unkumulierten Liste in den Wahlkampf gezogen wäre, hätte der Wählerverlust vermieden werden können.

*Schaffhausen* erlebte wieder einmal einen Nationalratswahlkampf, den unsere Freunde mit Elan führten. Walther Bringolf wurde, bei geringerer Stimmbeteiligung als 1947 – seither hat keine offene Wahl mehr stattgefunden – mit der Zahl von 6409 Wählern als Ratsmitglied bestätigt, sein freisinniger Konkurrent brachte es auf 4292 und der Landesringkandidat auf 3038 Wähler. In der Stadt Schaffhausen hat die sozialdemokratische Stimmenzahl abgenommen, auf der Landschaft wurde sie größer. Das ist ein Vorgang, der sich auch an anderen Orten abspielt; er widerspiegelt die Verlegung von Wohnsiedlungen aus der Stadt in deren Umgebung.

Ein lebhafter und teilweise robuster Wahlkampf fand im Kanton *Schwyz* statt, den die Sozialdemokraten mit ihrem neuen Kandidaten, Joseph Diethelm, Beamter, Siebnen, gut bestanden. Unsere Partei ist mit 3700 Wählern (— 271) zur zweitstärksten Partei des Kantons geworden.

Im Kanton *Solothurn* hatten alle Parteien einen Rückgang zu verzeichnen. Bei den Sozialdemokraten, die es auf 13 796 Wähler brachten (— 122) war er am kleinsten, weswegen sich der sozialistische Wähleranteil etwas erhöht. Zu Änderungen in der Sitzverteilung ist es nicht gekommen. Unsere Solothurner Genossen führten in der Parteipresse, durch Wahlzeitungen und Flugschriften und mittels einer umfassenden Versammlungskampagne einen energischen und geschickten Wahlkampf.

Im *Thurgau* erhielten die Sozialdemokraten erneut 2 von den 6 Mandaten. Ihre Wählerzahl betrug 8884 (— 629), was gegenüber den Großratswahlen eine gewisse Konsolidierung bedeutet. In Kreuzlingen wurden viele Stimmen gewonnen, und in Arbon hat sich am 25. Oktober wieder einmal eine rote Mehrheit ergeben.

Im Kanton *Zug* gingen die Wellen des Wahlkampfes nicht sehr hoch. Die Sozialdemokraten vermochten 1638 ihrer Anhänger an die Urnen zu bringen (— 410). Dieser Rückgang bedeutet die Angleichung der früheren Wählerzahl an jene, die bei kantonalen Wahlen zu verzeichnen ist. (1955 ist der sozialdemokratische Kandidat von einer freisinnig-demokratischen Oppositionsgruppe unterstützt worden.)

#### Italienisch und Französisch sprechende Schweiz:

Die Sozialisten des Kantons *Tessin* hielten sich tapfer, obwohl sie mitten in der Wahlkampagne den Tod eines Kandidaten, unseres lieben Freundes Piero Pellegrini, zu beklagen hatten. Mit einem kleinen Zuwachs von 26 Mann erreichten sie 6440 Wähler und sicherten damit ihr bisheriges Mandat.

In der *Westschweiz* ergab sich bei den Nationalratswahlen 1959 für die Sozialisten ein Nettogewinn von 3000 Wählern, ein Resultat, auf das unsere welschen Genossen stolz sein dürfen. Die Mandatzahlen blieben unverändert

und lauten: Freiburg 1, Genf 1, Neuenburg 2, Waadt 5 und Wallis 1. In personeller Hinsicht erfolgte einzig im Kanton Waadt ein Wechsel, indem Alexis Jaccard, Gemeindepräsident von Ste-Croix, zur Eröffnung der 36. Legislaturperiode nach Bern fahren wird.

Im einzelnen kam es in den Kantonen der Westschweiz zu folgenden Ergebnissen: *Freiburg* erhöhte die Zahl der sozialistischen Wähler um 694 auf 4318, *Genf* um 1068 auf 4736, die *Waadt* um 2156 auf 19 161 und das *Wallis* um 127 auf 4599, während im Kanton *Neuenburg* ein Verlust von schätzungsweise etwas über 1100 Wählern oder etwa 9 Prozent eingetreten ist. Mit rund 8700 Wählern verfügen die Neuenburger Sozialisten allerdings immer noch über einen hohen Anteil an der Gesamtheit der Aktivbürger; er beträgt 37,5 Prozent gegenüber 42,6 Prozent im Jahre 1955.

In der «Sentinelle» war zu lesen, eine der Ursachen für den Rückschlag im Kanton Neuenburg bestehe in der politischen Haltung, die im neuen Programm der SPS zum Ausdruck komme. Das trifft nicht zu, denn das Parteiprogramm bildete im Wahlkampf des Kantons Neuenburg nicht Gegenstand großer Auseinandersetzungen. Auch der Hinweis auf die internationale Lage und die angeblich zuwenig kritische Haltung der SPS gegenüber den steigenden Militärausgaben vermag den Stimmenverlust nicht zu erklären. Schließlich bestanden die gleichen politischen Voraussetzungen auch in den Nachbarkantonen Waadt und Genf, wo die Sozialdemokraten erfreuliche Fortschritte erzielten. Nein, die Ursachen des Rückschlages sind auch im Falle Neuenburg nicht in der Ferne, sondern in der Nähe zu suchen: in unliebsamen persönlichen Streitigkeiten, im zeitweilig gespannten Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft und natürlich auch in der bereits erwähnten Gleichgültigkeit breiter Schichten von Arbeiterwählern. Im Kanton Neuenburg war die Wahlbeteiligung etwa 3 Prozent niedriger als vor vier Jahren; sie beträgt jetzt noch 54 Prozent.

### *Lehren aus dem Wahlkampf*

Die ersten Überlegungen müssen der Frage gelten, ob die in der Wahlkampagne vertretenen Parolen falsch gewesen seien. Das ist keineswegs der Fall. Am Beginn des Zeitalters der Atomenergie und der Automation sind die Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft, nach mehr Freizeit und höherem Reallohn, verbesserten Sozialleistungen und erweiterten Bildungsmöglichkeiten objektiv richtig und auch im Interesse des Staates liegend. Noch gibt es in unserem Lande Not zu beheben, und mehr denn je ist es wahr, daß die Arbeiter und Angestellten, wenn sie sich ihrer Kräfte und Aufgaben besser bewußt würden, zusammen mit den geistig Schaffenden, das Geschick des Landes bestimmen und die sozialen Probleme besser lösen könnten, als das durch die bürgerlichen Parteien geschieht.

Aber auch die Methoden der sozialdemokratischen Propaganda müssen Gegenstand gründlicher Erörterungen sein. Das gilt ganz besonders für die Mittel, die zur Erfassung jener Bevölkerungsschichten eingesetzt werden, die sich am Rande unserer Organisation bewegen und denen die sozialdemokratischen Gedankengänge nur durch verzerrte Darstellungen der gegnerischen Presse bekannt sind. Auch in diesem Wahlkampf hat es sich gezeigt, was für ein großes Handicap die ungenügende Verbreitung der sozialistischen Presse unseres Landes bedeutet. Wer jahrein und jahraus eine bürgerliche oder die «neutrale» Lokalzeitung liest, kann nicht kurz vor den Wahlen durch einige Flugblätter zum bewußten und aktiven Sozialdemokraten gemacht werden. Also gilt es dem modernen Ausbau und der besseren Verbreitung unserer Parteizeitung größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Das gleiche ist bezüglich der Vortragstätigkeit zu sagen, denn das direkt von Mensch zu Mensch gesprochene Wort ist nach wie vor das wirksamste unserer Werbemittel. Die Zahl der Parteiveranstaltungen während der Wahlkampagne war nicht zu groß, sondern zu klein. Dabei ist es richtig, daß der zeitgemäßen Versammlungsgestaltung mehr Beachtung zu schenken ist. Wir sollten nicht übersehen, daß die Versammlungen vor dem 25. Oktober besser besucht waren, wenn eine Sachfrage zur Behandlung stand, als wenn die Wahlen als Vortragsstoff angekündigt wurden.

Eine wichtige Lehre, welche die SPS aus der Wahlkampagne 1959 zu ziehen hat, ist auch die Erkenntnis, daß die Kaderausbildung nicht ausreichend war. Die ständige Information der Vertrauensleute muß intensiviert werden. Es sind mehr Schulungskurse durchzuführen, und zwar nicht nur solche über programmatische Fragen, sondern auch solche, an denen konkrete Einzelfragen der Wirtschaft und Politik sowie kulturelle Probleme behandelt werden.

Was übrigens auch einmal deutlich gesagt werden muß, wenn die Stimmbeteiligung nicht noch geringer werden soll, das ist ein Wort der Kritik an unserem Radio und am Fernsehen. Die Prüderie dieser Institutionen in Sachen Politik muß endlich aufhören. In Wahlzeiten genügt es nicht, mit vorsichtigen Randgesprächen um den heißen Brei herumzugehen, sondern es ist allen auf dem Boden der Demokratie stehenden Parteien, entsprechend ihrer ausgewiesenen Stärke, genügend Zeit zur unzensurierten Darlegung ihrer Auffassungen einzuräumen, und zwar durch Redner, die von den Parteien und nicht etwa vom Radio oder Fernsehen bestimmt werden. Das würde von den Hörern begrüßt und täte der überparteilichen Stellung unseres Fernsehens und des Radios gewiß keinen Abbruch.

### *Kampf den Wahlunsitten*

Wie die anderen Parteien sehen sich auch die Sozialdemokraten genötigt, in einigen Kantonen gegenüber Auswüchsen Stellung zu nehmen, die die



Methoden der Propaganda für einzelne Kandidaten betreffen. Wohlvermerkt, es soll nicht bestritten werden, daß die großen Arbeitnehmerverbände ein begründetes Interesse an der Wahl ihrer besonderen Vertrauensleute in den Nationalrat haben. Aber wenn die mit allen Mitteln betriebene Kumulationspropaganda die Form eines Privatkrieges zwischen einzelnen Organisationen annimmt, dann geht das über die Hutschnur. Und noch schlimmer ist es, wenn sich Parteigenossen als Manager von Streichkonzerten gegen ihnen mißliebige, vom Parteitag aufgestellte Kandidaten betätigen und dabei, gewollt oder ungewollt, an die Seite von spalterischen Elementen geraten, die zur Verfolgung ihrer sektiererischen Absichten die Differenzen zu verewigen suchen, welche sich anläßlich der Debatten über die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee und die Landesring-Initiative betreffend die 44-Stunden-Woche ergeben haben. Der Hinweis, auch im bürgerlichen Lager seien solche Spezialaktionen gang und gäbe, ist ein schlechter Trost. Die Idee und die Praxis der Einheit der Arbeiterbewegung wird nicht ungestraft mißachtet; die Aufforderung zur Streichung von Parteikandidaten bewirkt immer eine gewisse Verwirrung bei den Wählern und ist mitschuldig an der ungenügenden Stimmbeteiligung. Ganz abwegig ist es aber, wenn Dr. Fritz Pesch im Organ des VPOD die überbordenden Kumulationsaktionen mit der Bemerkung zu rechtfertigen versucht, das Prinzip der freien Konkurrenz sei ja auch im neuen Parteiprogramm der SPS aufgenommen worden. Erstens heißt es dort «fairer Wettbewerb», und zweitens verschweigt Genosse Pesch, daß damit verbunden ausdrücklich die Schaffung gleicher Ausgangspositionen postuliert wird, eine Bedingung, die offensichtlich nicht erfüllt ist, wenn es auf der gleichen Liste Kandidaten mit und ohne besonderen Wahlapparat gibt.

### *Perspektiven*

Die Sozialdemokraten haben bei den Nationalratswahlen 1959 einem scharfen Angriff des Rechtsbürgertums standgehalten. Eine Oppositionspartei darf sich jedoch niemals mit der Erhaltung des Status quo zufrieden geben. Unser Kampf für eine gerechtere Wirtschaftsordnung muß darum weitergeführt werden, und zwar sowohl in grundsätzlicher wie in tagespolitischer Hinsicht. Die Anstrengungen der Sozialdemokraten haben sich übrigens nie in der Teilnahme an eidgenössischen Wahlgängen erschöpft. Die Sozialdemokraten setzen sich immer, Tag für Tag, mit allen Mitteln der Demokratie für die Interessen des arbeitenden Volkes ein, durch ihre Aktivität als Gewerkschafter und Genossenschaftler, durch vorbildliche Arbeit ihrer Vertreter in den Gemeinden, im Kanton und im Bund, durch die lebhafte Anteilnahme an den Volksabstimmungen über Sachfragen und ganz besonders durch die unablässigen Bemühungen zur Stärkung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Zeitungen. Denn gerade in der unermüdlichen Aufklärungs-



arbeit über die hohen Ziele des demokratischen Sozialismus liegt die Kraft, die es uns ermöglicht, über jeden zeitweiligen Rückschlag hinwegzukommen. Die Bewegung des freiheitlichen Sozialismus ist unter schwierigsten Verhältnissen geboren worden; sie hat ihre ersten Erfolge nur nach großen Opfern errungen und manche ernste Niederlage erlitten. Aber sie ist, wenn man einen längeren Zeitraum überblickt, nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesen Prüfungen hervorgegangen. Die sozialistische Bewegung überdauerte Krisen, Kriege und den Faschismus, und sie weist auch heute noch der Menschheit den einzigen Ausweg aus dem Zustand des politischen und wirtschaftlichen Unrechts: den Weg in eine Welt des allgemeinen Wohlstandes in Frieden und Freiheit. Es kann darum keine Rede davon sein, daß sich die Schweizer Sozialdemokraten durch den kleinen Rückschlag bei den Nationalratswahlen irritieren lassen. Weitermachen, so lautet unsere Parole!

**BENNO HARDMEIER**

## **Nach dem eidgenössischen Wahlgang**

### **I.**

Niemand hat damit gerechnet, daß die jüngsten eidgenössischen Wahlen einen politischen Erdrutsch oder auch nur eine größere Gewichtsverlagerung bringen würden. Der Wahlausgang ist denn auch einmal mehr ein deutliches Zeichen für die außerordentliche politische Stabilität der Eidgenossenschaft. Die drei großen Landesparteien – die Freisinnig-demokratische Partei, die Konservativ-christlichsoziale Partei, die Sozialdemokratische Partei – halten sich nach wie vor die Waage. Der geringfügige Rückgang der Sozialdemokraten und der minimale Mandatgewinn des Freisinns bewirkten, daß im Nationalrat nunmehr diese beiden Parteien gleich stark sind (je 51 Sitze). Die Sozialdemokratische Partei bleibt aber die stärkste Landespartei. Aus dieser Stabilität des parteipolitischen Kräfteverhältnisses sind die Konsequenzen in bezug auf die Zusammensetzung des Bundesrates zu ziehen. Es entspricht in keiner Weise der relativen Bedeutung der verschiedenen Parteien, wenn sich die eidgenössische Exekutive aus drei freisinnigen und drei konservativen Vertretern sowie einem Mitglied der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zusammensetzt. Gerechtigkeit und politische Vernunft gebieten eine andere Zusammensetzung: zwei Freisinnige, zwei Konservative, *zwei Sozialdemokraten*, ein Vertreter der BGB. Die sozialdemokratische Forderung